

H7 Bundesweites Erasmus-Restplatzvergabesystem

Gremium: LV Nordrhein-Westfalen

Beschlussdatum: 25.10.2025

Antragstext

ADRESSAT: Deutsch-Akademischer-Austauschdienst (DAAD)

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) fordert die Einführung eines bundesweiten, hochschulübergreifenden Restplatzvergabesystem für Erasmus+, welches insbesondere eine zentrale digitale Plattform zur (Rest-)Platzvergabe, einheitliche Fristen und geregelte Zuständigkeiten für Learning Agreements sowie eine verbindliche Anerkennung der im Ausland erbrachten Leistungen umfasst.

Begründung

Sowohl die EU als auch die Bundesregierung haben sich im Rahmen der Bologna-Ziele und des Europäischen Bildungsraums das Ziel gesetzt, die Mobilitätsrate deutlich zu erhöhen. Programme wie Erasmus+ ermöglichen Studenten wertvolle akademische, sprachliche und interkulturelle Kompetenzen zu erwerben. Gleichzeitig leisten sie einen wichtigen Beitrag zur europäischen Integration und zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulstandorts. Trotz der hohen politischen und gesellschaftlichen Relevanz von Auslandsaufenthalten bleiben jedes Jahr zahlreiche Erasmus-Plätze an deutschen Hochschulen ungenutzt. Dies liegt oftmals nicht an mangelndem Interesse der Studierenden, sondern unter anderem an mangelnder Flexibilität oder schlicht einem ungleichmäßigen Nachfrage-Angebot-Verhältnis zwischen den Hochschulen. Dies verhindert die optimale Ausschöpfung der vorhandenen Kapazitäten.

Ein hochschulübergreifendes Restplatzverfahren würde dazu beitragen, die bestehenden Ressourcen effizienter zu nutzen und mehr Studenten Zugang zu Auslandsstudienaufenthalten zu ermöglichen – auch unabhängig von ihrer Heimathochschule. Ein digitales, bundesweites System zur Erfassung und Vergabe ungenutzter Austauschplätze kann diese Lücke schließen.

So würden auch Studenten kleinerer Hochschulen oder aus stark nachgefragten Studiengängen neue Chancen erhalten. Umgesetzt werden sollte das neue Verfahren durch klare Regelungen zur Anerkennung von Leistungen, auch bei hochschulübergreifender Vermittlung. Hier könnten landesweite Standards für Learning Agreements sowie digitale Schnittstellen zwischen den Hochschulen etabliert werden. Das erhöht die Planungssicherheit für Studenten und senkt Hürden für Lehrstühle und Prüfungsämter. Ein solches Verfahren braucht klare Fristen, transparente Zuständigkeiten und eine rechtssichere Regelung zur Anerkennung der im Ausland erbrachten Studienleistungen – auch bei hochschulübergreifender Vermittlung. Dies lässt sich durch ein bundesweites Kooperationsabkommen zwischen den Hochschulen und eine zentrale Plattform (Moveon) realisieren.